

Zur Entwicklung
rechtspopulistischer
Parteien in Dänemark,
Schweden und Finnland

Aufbegehren gegen Europa

Andreas M. Klein

Nachdem hierzulande bereits vor Jahren das Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen in Österreich, den Niederlanden und Frankreich kritisch kommentiert worden war, liegt spätestens seit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der dänisch-deutschen Grenze im Frühsommer 2011 das Augenmerk der deutschen Öffentlichkeit auf der politischen Entwicklung in den nordeuropäischen Nachbarstaaten. Mit dem drastischen Schritt, der die Vereinbarungen des Schengener Abkommens aushöhlte, reagierte die liberal-konservative Regierung um Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen vordergründig auf Meldungen über Missbrauch der Reiseerleichterungen nach der Aufhebung des Visa-Regimes für mehrere Länder des westlichen Balkans. Der eigentliche Grund dürfte allerdings eher im Umfragetief des „blauen Blocks“ der Regierungskoalition aus *Venstre* und *Konservative Folkeparti* gelegen haben, der fünf Monate vor der Parlamentswahl im November 2011 in Umfragen deutlich hinter dem „roten Block“ um die sozialdemokratische Spitzenkandidatin Helle Thorning Schmidt zurücklag.

Mit der Einführung der Grenzkontrollen folgten Liberale und Konservative dem Druck der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (*Dansk Folkeparti*, DF), die seit 2001 die Minderheitsregierungen um Anders Fogh Rasmussen und Lars Løkke Rasmussen unterstützte. Mit der Diskussion um die Wiedereinführung der Kontrollen wurde damit erneut

die Ausländer- und Integrationspolitik in den Mittelpunkt des Wahlkampfes im Nachbarland gezogen. Bereits im Wahlkampf 2001, als die Volkspartei sich mit zwölf Prozent endgültig im dänischen Parteiensystem etablierte, ging man mit dem Slogan „Dein Dänemark? Eine multi-ethnische Gesellschaft mit Gruppenvergewaltigung, Unterdrückung von Frauen, Bandenkriminalität. Willst Du das?“ plakativ – und erfolgreich – auf Stimmenfang.

Von der Totalopposition zum Königsmacher

Dänemarks Neue Rechte trat erstmals Anfang der 1970er-Jahre als politischer Faktor auf den Plan, als der bis dato unbekannte Anwalt für Steuerrecht, Mogens Glistrup, die Fortschrittspartei (*Fremskridtspartiet*, FP) als Anti-Steuer-Bewegung ins Leben rief. Glistrup erklärte Steuerhinterziehung zum Freiheitsrecht und positionierte seine Fortschrittspartei als „anarcho-liberale“, anti-elitäre Bewegung. Bei der sogenannten „Erdbebenwahl“ (*Jordskredsvalget*) des Jahres 1973, als der Einzug fünf neu gegründeter Parteien ins Parlament die Parteienlandschaft Dänemarks in Bewegung brachte, erreichte die FP aus dem Stand 15,9 Prozent der Stimmen und wurde mit achtundzwanzig Mandaten hinter den Sozialdemokraten (*Socialdemokraterne*, SDP) zweitstärkste politische Kraft im *Folketinget*.

Nach der Verurteilung ihres Gründungsvaters Mogens Glistrup wegen

Steuerhinterziehung sowie internen Flügelkämpfen, die in die Abspaltung führender Parteifunktionäre und die Gründung der Volkspartei mündeten, setzte der Niedergang der Fortschrittspartei ein. Die Volkspartei hingegen entwickelte sich unter ihrer couragierten Vorsitzenden Pia Kjaersgaard nach einem rasanten Stimmenzuwachs in den 1990er-Jahren nach der Parlamentswahl im Jahr 2001 zum „Königsmacher“. Von Beginn an verstand Kjaersgaard ihre Rolle allerdings nicht nur als Mehrheitsbeschafferin für die liberal-konservative Regierungskoalition, der sie formell nicht angehörte, sondern begann in der Zuwanderungspolitik sowie im Bereich der inneren Sicherheit eigene Akzente zu setzen. Heute zählt das Zuwanderungsgesetz im einst so liberalen Dänemark zu den restriktivsten in Europa. Darüber hinaus bedienen sich in Ansätzen sowohl Liberale als auch Sozialdemokraten teilweise der Argumentation der Volkspartei mit erstaunlich populistischen Zügen.

Europaskepsis als Wahlkampfmotor

Neben ihren Positionen zur Zuwanderungspolitik ist es vor allem die ablehnende Haltung gegenüber der Übertragung jedweder Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene, die die Volkspartei charakterisiert. Mit diesen Positionen bedient die DF den in Dänemark weitverbreiteten Europaskeptizismus, der seit dem EU-Beitritt im Jahr 1973 immer wieder zu Sonderlösungen für das Land während des weiteren europäischen Integrationsprozesses führte. Am Referendum zum Amsterdamer Vertrag, der unter anderem die Vereinbarungen des Schengener Abkommens in den Rechtsrahmen der EU einbezog, beteiligte sich die Volkspartei mit dem Slogan „Stimm Dänisch – Stimm Nein“ (*Stem Dansk – Stem Nej*) und schürte die Angst vor unkontrollierter Zuwanderung aus Osteuropa. Dieses Mal setzten sich noch die Befürworter einer

weiteren Integration Dänemarks in die europäischen Strukturen mit einer deutlichen Mehrheit von fünfundfünfzig Prozent durch. Die Einführung des Euro hingegen scheiterte im Jahr 2000 am mehrheitlichen Votum der Dänen. Die Euro-Gegner, angeführt von Volkspartei und Sozialisten, präsentierten den Euro als Gefahr für den dänischen Wohlfahrtsstaat, die nur gebannt werden könne, wenn das Land seine Unabhängigkeit bei der Entscheidung über Steuern und Sozialstandards behielt. Als „ein sehr gutes Zeichen für die politische Richtigkeit [...]“, die politische Integration in Europa aufzuhalten und individuelle Staaten aufrechtzuerhalten“, kommentierte damals Pia Kjaersgaard den vermeintlichen Triumph.

Europa wird von den Rechtspopulisten nicht nur als Aufgabe nationaler Souveränität, sondern als Bedrohung des eigenen Lebensstandards kommentiert. Die politische Diktion „Wir gegen die da oben“ richtet sich nicht mehr nur gegen die nationale Regierung in Kopenhagen, sondern gegen einen aus Sicht der Euro-Skeptiker nicht mehr zu kontrollierenden Brüsseler Verwaltungsapparat.

Zur gegenwärtigen Anziehungskraft europaskeptischer Parolen passt ebenso der jüngste Wahlerfolg der populistischen, anti-europäischen Partei der „Wahren Finnen“ (*Perussuomalaiset*, PS) bei der Wahl zur finnischen *Eduskunta*. Mit 19,1 Prozent – einem Stimmenzuwachs von fünfzehn Prozentpunkten zur Wahl 2007 – wurden die „Wahren Finnen“ gemeinsam mit den Sozialdemokraten hinter der konservativen *Kokoomus*-Partei zweitstärkste politische Kraft.

Wenngleich die PS sich ebenfalls dezidiert für eine stärkere Kontrolle bei der Zuwanderung von Immigranten ausspricht, war es wohl in erster Linie ihre europaskeptische Haltung, die Ausschlag für den beachtlichen Stimmenzugewinn gab. Die Wahl fand im April statt, nur wenige Tage nachdem das überschuldete

Portugal den EU-Rettungsschirm in Anspruch nehmen musste, um seine Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen. Während die lange Zeit in Vorwahlumfragen führende EVP-Mitgliedspartei *Kokoomus* das *Bail-out* Portugals, verbunden mit strikten Sparauflagen, befürwortete, lehnten die „Wahren Finnen“ um ihren Vorsitzenden, den Europaabgeordneten Timo Soini, jede Beteiligung an einer Regierung ab, die das *Bail-out* unterstützt. Obwohl die Mehrheit der Finnen nach wie vor den Euro befürwortet, zeigt ein großer Teil der Bevölkerung kein Verständnis dafür, dass Finnland als eines von gegenwärtig zwei Euro-Ländern, die die Maastricht-Kriterien erfüllen, für die Schuldnerländer in Südeuropa aufkommen sollte.

Durch die Strategie der Fundamentalopposition, die die PS nach der Wahl einschlug, sind Regierungschef Jyrki Katainen und seine bei der Parlamentswahl knapp siegreiche *Kokoomus*-Partei seitdem gezwungen, eine schwer zu manövrierende, äußerst heterogene Sechs-Parteien-Koalition zu steuern. Darüber hinaus werden Timo Soini gegenwärtig gute Chancen eingeräumt, bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl Anfang kommenden Jahres in die zweite Runde zu gelangen.

Ende des multikulturellen Wohlfahrtstraumes

Noch vor dem Triumph der „Wahren Finnen“ sorgte bereits im September 2010 der Einzug der rechtspopulistischen Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*, SD) in den *Riksdagen* für Katerstimmung unter den etablierten Parteien Schwedens. Mit 5,7 Prozent übersprang die SD deutlich die Vier-Prozent-Hürde. Erstmals seit 1991 ist damit wieder eine Partei mit fremdenfeindlichen und elitenkritischen Parolen erfolgreich aus einer Parlamentswahl im Königreich Schweden hervorgegangen. Nach dem Vorbild der öster-

reichischen Freiheitlichen Partei (FPÖ) und des französischen *Front National* (FN) positionierte die junge Führungsgarde um ihren Vorsitzenden Per Jimmie Åkesson (Jahrgang 1979) die Schwedendemokraten als progressiv-nationalistische, europaskeptische Bewegung.

Wie in den Nachbarländern Dänemark und Finnland halfen den Schwedendemokraten die angesichts von Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise in Teilen der Bevölkerung verbreitete Angst vor Arbeitslosigkeit und Überfremdung sowie eine den Bürgern weitgehend entfremdete politische Elite. Ebenso gemein mit anderen rechtspopulistischen Bewegungen haben die Schwedendemokraten ihre Ablehnung jeglicher Form einer dem Nationalstaat übergeordneten Einheit wie der Europäischen Union.

Während in Dänemark die Volkspartei in den vergangenen zehn Jahren durch die indirekte Regierungsbeteiligung erheblichen Einfluss auf die Tagespolitik ausübte und sich die Regierenden in Helsinki eine Zusammenarbeit mit den „Wahren Finnen“ durchaus vorstellen konnten, reagierten die etablierten Parteien und Medien in Schweden auf den Stimmenzuwachs der Schwedendemokraten zunächst mit einer Ignorierung der Bewegung. Bis zum Sommer 2009 weigerte sich die schwedische Tageszeitung *Aftonbladet*, Werbeanzeigen der SD abzudrucken. Mit Spott kommentierten daher Beobachter aus dem angrenzenden Dänemark diese Art der Auseinandersetzung mit der rechtspopulistischen Bewegung und forderten die OSZE vor der Parlamentswahl in Schweden auf, Wahlbeobachter ins Nachbarland zu entsenden.

Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt ist indes nicht an einer Diskussion über eine wie auch immer geartete Kooperation mit den Schwedendemokraten gelegen. In der Neuauflage seines konservativ-liberalen Regierungsbündnisses schloss

Der Parteichef der „Wahren Finnen“, Timo Soini, nach der Parlamentswahl 2011.
Die Rechtspopulisten konnten auf Anhieb 19 Prozent der Stimmen erreichen.

© picture-alliance/dpa, Foto: Kimmo Brandt



er eine Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten aus. Bereits in der Wahlnacht reichte er der Grünen Partei (*Miljöpartiet de Gröna*) die Hand und forderte sie zur Mitarbeit auf.

Da insgesamt das Interesse in Schweden an parteiübergreifenden Kompromisslösungen – nicht zuletzt aufgrund der jahrzehntelangen Erfahrungen mit Minderheitsregierungen – groß ist, ist für die kommenden Jahre nicht mit einem signifikanten Einfluss der Schwedendemokraten auf politische Entscheidungen der Regierungsbündnis zu rechnen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich Ministerpräsident Reinfeldt seine Mehrheiten für die konkreten Beschlüsse wahlweise sowohl bei den Grünen als auch bei den Sozialdemokraten einholen wird. Die zunehmenden Wahlerfolge der Schwedendemokraten haben darüber hinaus jedoch gezeigt, dass die bislang praktizierte

Politik der Marginalisierung und Stigmatisierung der Partei nicht zu deren Verschwinden beigetragen hat. Seitdem sich die Partei öffentlich von der rechtsextremen Neonaziszene distanziert hat, ist die Partei organisch gewachsen und erschließt sich insbesondere junge Wählerschichten.

Abstieg der Sozialdemokratie

Neben den europakritischen bis -ablehnenden Positionen ist den rechtspopulistischen Parteien von den „Wahren Finnen“ über die Schwedendemokraten bis zur Dänischen Volkspartei ihr „Wohlfahrtschauvinismus“ gemein, Leistungen des Staates nur dem eigenen Volk zugutekommen lassen zu wollen. Bewusst werden dabei vorhandene Ängste vor Zuwanderung und Aushöhlung des Sozialstaates genährt. Mit der entsprechenden Polemik finden diese Parteien den

überwiegenden Teil ihrer Unterstützer im klassischen Arbeitermilieu. So geht der Aufstieg der Rechtspopulisten einher mit dem schrittweisen Machtverlust der über Jahrzehnte in den nordischen Ländern dominierenden sozialdemokratischen Parteien.

Am deutlichsten lässt sich dies am Erfolg der Volkspartei in Dänemark ablesen, wo Untersuchungen bestätigen, dass der Anteil der DF-Wähler aus dem Arbeitermilieu bei den Wahlen 2001, 2005 und 2007 erkennbar zulasten der Sozialdemokratischen Partei zunahm. Zwischen 1966 und 2001 haben hier die sozialistischen Parteien kontinuierlich an Zustimmung eingebüßt. Wenngleich die Stellung der Sozialdemokratischen Partei in Dänemark nie so stark war wie im Nachbarland Schweden, reichte ihre Zustimmung bis zu Beginn der 1970er-Jahre stets an die Vierzig-Prozent-Marke heran. Mit zunehmendem Wohlstand in Dänemark und damit einhergehend der Rückdrängung sozioökonomischer Fragen brach diese klassische Wählerzuteilung auf. Neue Themen wie Immigration, innere Sicherheit und Fragen der Europäischen Integration traten in den Vordergrund. Wenngleich es den Sozialdemokraten im November 2011 gelang, nach zehn Jahren die liberal-konservative Regierung abzulösen, sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die einstige Arbeiterpartei mit 24,9 Prozent das schlechteste Ergebnis bei einer Parlamentswahl in Dänemark seit über einhundert Jahren einfuhr.

Ebenso änderte sich über die Jahrzehnte das Bild der Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (*Sveriges socialdemokratiska arbetareparti*, SAP), die als die „staatstragende Partei“ Schwedens mit wenigen Jahren Unterbrechung über sieben Jahrzehnte die Interessen des Landes vertrat. Während die SAP im Jahr 1975 noch über 1 032 219 zahlende Mitglieder oder 12,4 Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung Schwedens zählte,

schrumpfte diese Zahl bis 2009 auf knapp über 100 000 zusammen. Damit hat die SAP heute nur etwa noch zehn Prozent der Mitgliederzahl des Jahres 1975. Bei der Parlamentswahl im September 2010 erzielte sie mit 30,9 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1914.

Im Gegensatz zum Nachbarland Dänemark füllten jedoch nicht die Schwedendemokraten das entstandene Vakuum im Arbeitermilieu, vielmehr öffnete sich die konservative *Moderaterna* der linken Mitte, um sich neue Wählerschichten zu erschließen. Der unter ihrem Vorsitzenden Fredrik Reinfeldt vollzogene Wandel der Moderaten von einer konservativen Klientelpartei zur modernen, umfassenden Mitte-rechts-Partei *Nya Moderaterna* zeigte bereits bei der Parlamentswahl 2006 Erfolg, als der bürgerlichen Allianz der Machtwechsel gelang.

„Anti-Ansatz“

Die „neuen Moderaten“ rückten mit der Auswahl ihrer Themen sowie in ihrer Zielgruppenansprache stärker in die Mitte der Gesellschaft, die in Schweden traditionell eher links zu verorten ist. Trotz der Positionierung als Arbeiterpartei (*arbetarparti*), als Partei, die Arbeit schafft, ist es jedoch auch der geeinten bürgerlichen Allianz offensichtlich nicht gelungen, dem populistischen „Anti-Ansatz“ der Schwedendemokraten den Nährboden zu entziehen.

Nach einer Untersuchung des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders *Sveriges Television* (SVT) hat es insgesamt keine signifikante Wählerbewegung von den etablierten Parteien zur SD bei der Wahl 2010 gegeben. Vielmehr finden die Schwedendemokraten ihre Wähler im großen Maße in der Altersgruppe zwischen achtzehn und dreißig Jahren, darunter ein erheblicher Teil in der Gruppe der Erstwähler. Entgegen dem hohen Ausbildungsniveau der Frontleute der SD, die zumeist über einen Universitäts-

abschluss verfügen beziehungsweise den Besuch einer Hochschule nachweisen können, kommen die Parteiwähler überdurchschnittlich aus dem Arbeitermilieu oder sind gegenwärtig ohne Arbeit. Es gelingt der SD darüber hinaus verhältnismäßig schlecht, die Wähler der übrigen Parteien mit ihrer Programmatik anzusprechen. Dafür findet die Partei neue Unterstützer im Kreise derer, die der Wahl 2006 aus unterschiedlichen Gründen ferngeblieben sind.

Umgang mit den Rechtspopulisten

Wie Florian Hartleb in seiner vor wenigen Monaten für die Konrad-Adenauer-Stiftung erarbeiteten Studie zur Etablierung rechtspopulistischer Parteien in Europa darlegt, gibt es kein Patentrezept im Umgang mit diesen Bewegungen.

In Dänemark wurde um die Volkspartei beziehungsweise ihren Vorläufer, die Fortschrittspartei, zu keinem Zeitpunkt ein *cordon sanitaire* gebildet. Vielmehr wurden beide Bewegungen bereits relativ kurze Zeit nach ihrem Auftreten in die aktuelle Tagespolitik eingebunden – mit dem Ergebnis, dass die DF über eine stabile Wählerzustimmung von knapp über zwölf Prozent verfügt. Ebenso wenig haben die Marginalisierung der Schwedendemokraten beziehungsweise die partielle Stigmatisierung und der anschließende Kurswechsel zur Umgarnung der „Wahren Finnen“ zum Verschwinden der Populisten geführt. Alle drei Parteien bedienen ein offensichtlich vorhandenes Protestpotenzial. Durch die bewusst wahrgenommene Rolle als kritische Stimme außerhalb des Regierungskabinetts ist bislang keine dieser drei populistischen Parteien faktisch in Verantwortung genommen worden. Den Beweis ihres tatsächlichen Gestaltungswillens bleiben sie damit bislang schul-

dig. Dies stärker in der Öffentlichkeit zu diskutieren kann möglicherweise ein Ansatz sein, Widersprüche in der Programmatik populistischer Parteien aufzudecken und ihnen einen Teil ihres „Zaubers“ zu nehmen.

In besagter Studie bricht Florian Hartleb darüber hinaus eine Lanze für die politische Bildung im Sinne von Demokratie-Bildung. Dieser sicherlich richtige Ansatz sollte angesichts der ausgeprägten anti-europäischen Argumente der Rechtspopulisten um eine europapolitische Komponente erweitert werden. Genauso wenig wie Demokratie nicht ohne Demokraten funktioniert, wird Europa auch nicht ohne Europäer gelingen. Wie der Aachener Politikwissenschaftler Günter Unser jedoch bemerkt, helfen Hochglanzbroschüren nicht gegen Europamüdigkeit. Europa muss wieder vorgelebt werden. Dafür reichen allerdings 754 Abgeordnete des Europäischen Parlaments allein nicht aus. Vielmehr sind hier gleichermaßen die Politiker in den nationalen Parlamenten bis zu den Länder- und Regionalvertretungen gefordert. Wie oft stimmen Landespolitiker in den Chor derjenigen ein, die in Europa nur regulierungswütige Bürokraten und Direktiven zur Abschaffung der Glühbirne oder zum Neigungswinkel der Banane sehen?

Am Ende ist die Euro-Krise in erster Linie eine Schuldenkrise der nationalen Haushalte. Die Maastricht-Kriterien sind nicht von Brüssel, sondern von den nationalen Regierungen, allen voran in Paris und Berlin, außer Kraft gesetzt worden. Diesen Gegensatz zu kommunizieren, nicht im Sinne von Schuldzuweisungen, sondern im Interesse von Ursachenforschung und Korrekturmöglichkeiten, kann ebenfalls Aufgabe europapolitischer Bildung sein.